

Zur Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes

Die Ereignisse in Arakan werden über die bisher genannten Punkte hinaus noch in einem weiteren Bereich Konsequenzen haben, nämlich in einer bevorstehenden Änderung des geltenden Staatsangehörigkeitsrechts, das wir in Kapitel II.4 kurz gestreift haben. Erste Initiativen zu einer solchen Änderung liegen allerdings schon etwas weiter zurück und gingen vermutlich auf die gegenüber früher restriktiveren Bestimmungen der Verfassung von 1974 zurück (47). So berichtete der Ministerrat dem Pyithu Hluttaw bereits im Oktober 1976 im Anschluß an Angaben zur Überprüfung der Staatsangehörigkeit von Bewohnern vor allem im Arakan State und Bezirk Mogok, daß das Ministry for Home and Religious Affairs einen Entwurf für ein neues Staatsangehörigkeitsgesetz ausgearbeitet habe. Zu dem schon von verschiedenen Gremien des Staates und der Partei beratenen Entwurf habe dann aber der Staatsrat in seiner 46. Sitzung "decided that the bill needed more detailed study and amendment and did not submit it to the fifth meeting of the Hluttaw" (48). Es ist hier nicht der Ort, den weiteren Weg dieses Gesetzentwurfes im einzelnen zu verfolgen. Man muß jedoch festhalten, daß im Laufe des Jahres 1978 und wohl aufgrund der Ereignisse in Arakan und der dabei sicherlich in Einzelfällen zutage getretenen Schwierigkeiten die Staatsführung beschloß, den Inhalt des neuen Gesetzes - entsprechend dem Verfahren bei der Entwurfsarbeit für die neue Verfassung - vor seiner Verabschiedung mit den unteren Parteieinheiten und insbesondere auch den in den Grenzregionen siedelnden Minoritätengruppen abzustimmen oder das Gesetz ihnen zumindest verständlich zu machen, um Aufstände und Unruhen wie in Arakan zu vermeiden (49). Im Frühjahr 1979 wurden dann alle Ausländer, die mehr als fünf Jahre in Birma ansässig waren und einige andere Voraussetzungen erfüllten, aufgefordert, bis zum 30. Juni 1979 mitzuteilen, ob sie die birmanische Staatsangehörigkeit annehmen wollten; alle Fälle sollten dabei nach dem Staatsangehörigkeitsgesetz von 1948 behandelt werden (50). Ab Mai 1979 begannen Mitglieder der neu geschaffenen "Law Commission", die unter dem Vorsitz des Staatsratsmitgliedes Dr. Maung Maung stehen, die mit dem Entwurf des neuen Staatsangehörigkeitsgesetzes zusammenhängenden Probleme in zahlreichen Versammlungen den regionalen und lokalen Gremien zu erklären (51). Hierbei wurde - wohl mit Blick auf die Ereignisse in Arakan - u.a. betont, daß "religion had nothing to do with citizenship" (52). In seiner Rede am Ende der 10. Sitzung des Zentralkomitees

der BSPP wies U Ne Win als Parteivorsitzender Mitte Dezember 1979 zum erstenmal darauf hin, daß überlegt werde, "whether we should accord the same opportunities to those with mixed blood (d.h. mit einem ausländischen Elternteil - KF) as we do to the offspring of our own citizens", denn "the loyalty of those with mixed blood in certain cases may be questionable: we cannot fully trust them". Das neue Gesetz solle daher in drei Kategorien "define two different statuses for citizens of pure Burmese parentage and for those with mixed blood as well as for the third category of naturalized citizens - foreigners who settled down in Burma" (53). Diese dreifache Unterscheidung wird mit dem Fragebogen, der dem Volk von der Law Commission am 3. Juli 1980 zur Stellungnahme vorgelegt wurde, nicht mehr deutlich, denn darin heißt es zum Problem der Staatsbürgerschaft u.a.:

Nationals and citizens should be entitled to equal rights regarding political, economic and administrative matters of the State. However, there is opinion that these rights should not be extended to naturalized citizens. (54)

Da die Verfassungen von 1947 und von 1974 beide auf die Abstammung bezogene Unterschiede in den Rechten der Staatsbürger vorsahen, wird sicherlich auch das neue Staatsangehörigkeitsrecht solche Unterschiede enthalten, und zwar vermutlich in der von Ne Win angedeuteten Form. Weitere Einzelheiten zum Inhalt des neuen Gesetzes, das bis zum Abschluß dieser Studie noch nicht verabschiedet war, sind leider aus den zahllosen Berichten über die groß angelegte Kampagne zur Erforschung der Volksmeinung nicht zu entnehmen. Ziel dieser Kampagne, die Anfang Juli 1980 begann und Ende des Jahres noch andauerte, war dabei sicherlich weniger, zusätzliche Aspekte für die Formulierung des Textes zu erhalten. Wichtiger dürfte der von Dr. Maung Maung bei Veröffentlichung des Fragebogens als Wunsch des Präsidenten angesprochene Punkt sein:

The main cetana of the President is that he wants the people to have a clear understanding of the state of their being citizens through the explanations given as regards the drafting of the Citizenship Law, to come to have a clear understanding of their rights, and to be able to ask questions and demand their rights if they are in doubt. (55)

Indem nämlich gerade den Bewohnern der Grenzregionen das Pro-

blem bewußt gemacht wird, lassen sich - so sicherlich die Hoffnung der birmanischen Führung - Probleme, wie sie in Arakan im Zusammenhang mit der Überprüfung der Staatsangehörigkeit entstanden sind, für die Zukunft vermeiden.

#### Arakan als bleibender Unruheherd?

Die zuletzt erwähnten Maßnahmen der birmanischen Regierung zielen darauf ab, für die Zukunft die Konfliktmöglichkeiten besonders in Arakan, aber auch in den anderen Grenzregionen zu vermindern. Die Änderung des Staatsangehörigkeitgesetzes wird darüber hinaus deutlich machen, daß Birma nicht bereit ist, Zuzug von außen zu akzeptieren und so zu einem Einwanderungsland in einer politisch bewegten und zum Teil überfüllten Region zu werden. In diese Richtung geht ebenso die in den letzten Jahren mehrfach erklärte Absicht, die Überprüfung der Staatsangehörigkeit der Bewohner der einzelnen Regionen fortzuführen (56), wobei diese Überprüfung auch unter dem offiziellen Ziel stehen kann, "to seek to ensure correctness of records regarding land and maps, land records and tables/statistics, agricultural crop table/statistics, fixing of individual holdings and collection of data in respect of each and every farmer" (57). Der Hinweis von U Ohn Kyaw (vgl. Anm.56), daß der Reichtum Birmas an Bodenschätzen illegale Einwanderer anziehen könnte, deutet allerdings an, daß man für die kommenden Jahre eher Einwanderungen in die rohstoffreichen Gebiete an der thailändischen und chinesischen Grenze als in das landwirtschaftlich orientierte Gebiet von Arakan erwartet. Dennoch werden auch weiterhin Einwohner von Bangladesh versuchen, den drückenden Verhältnissen ihres Landes zu entkommen, zumal die Grenze letztlich nur unzureichend zu überwachen ist. Es wird daher, wie erwähnt, viel davon abhängen, wie ernst die Regierung von Bangladesh derartigen Wanderbewegungen entgegentritt und inwieweit sie bereit sein wird, illegale Auswanderer zurückzunehmen.

Auch ohne derartige illegale Einwanderungen, die für Arakan ohnehin nach den kürzlichen Erschütterungen keine allzu große Bedeutung mehr haben dürften, kann Arakan weiterhin ein Unruheherd in Birma bleiben. Bei den oben angegebenen Insurgenten, die sich aus Anlaß der Amnestie der Regierung ergeben haben, fällt auf, daß es sich nur um kommunistische Rebellen sowie in einem Fall um den Führer der Arakan Independence Arme, die sich

vor etwa drei Jahren in Arakan festsetzen wollte (vgl. S.158 ff.), handelte. Unter den Oberläufern waren also offensichtlich keine Führer muslimischer Rebellengruppen. Nicht zuletzt aus diesem Grund muß angenommen werden, daß diese muslimischen Rebellengruppen durch den Flüchtlingsstrom und die folgenden Ereignisse zumindest nicht geschwächt worden sind. Die Situation der muslimischen Bevölkerung in Arakan ist insgesamt vermutlich hinsichtlich ihrer Ausbildung und ihrer Vertretung in den politischen Gremien derjenigen der Muslims im Süden Thailands vergleichbar (58), wenn sie auch wirtschaftlich den buddhistischen Arakanesen eher ebenbürtig sind als die malaisischen Muslims den thailändischen Buddhisten. Die Ereignisse des Jahres 1978 haben in Arakan jedoch wohl das Zusammengehörigkeitsgefühl der dortigen Muslims gestärkt und damit Identifikationsprobleme geschaffen. Die Identifikation mit Birma und dem birmanischen Staat fiel diesen Muslims schon in der Vergangenheit aus sprachlichen und kulturellen, aber auch aus religiösen Gründen schwer, und dieser Zustand hat sich kaum verändert. Eine Vertretung ihrer politischen Interessen innerhalb des Staates ist wegen des birmanischen Einparteiensystems nur im Rahmen der Burma Socialist Programme Party möglich, in diesem Rahmen andererseits aber kaum durchsetzbar. Die bewußte oder unbewußte Suche nach einer Idee oder Organisation, mit der eine Identifizierung möglich ist, könnte unter diesen Umständen die muslimischen Rebellengruppen zu inoffiziellen Interessenvertretern der muslimischen Bevölkerung aufwerten. Eine solche Identifizierung eines Teils der Bevölkerung mit einer außerhalb der Legalität angesiedelten Gruppe könnte nicht zuletzt deswegen zustande kommen, weil der Islam - ausgehend vom Vorderen Orient und dem Iran - heute immer stärker nicht nur als eine religiöse und insofern kulturelle Bewegung, sondern darüber hinaus als eine politische Bewegung propagiert wird. Angesichts der hierarchischen Orientierung des Islam (59) werden die Muslims in Arakan bei einer Stärkung der islamischen Idee in ihrem Gebiet sich zunächst Bangladesh zuwenden, zumal hier für den überwiegenden Teil die kulturellen Wurzeln liegen. Wiewohl Ziaur Rahman den Islamisierungstendenzen in seinem Lande in der Politik nur bedingt Raum zubilligte, könnten Richtungsänderungen in Bangladesh jederzeit unmittelbar auf das Verhalten der muslimischen Bevölkerung in Arakan durchschlagen und gegebenenfalls über eine gezielte Unterstützung von außen zu erneuten Aufständen führen. Für den Augenblick hat die birmanische Regierung die Chance, sssrch eine stärkere politische Beteiligung

der Bevölkerung wie durch entsprechende Entwicklungsmaßnahmen die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß sich die Muslims in Arakan mit der birmanischen Union in Zukunft besser identifizieren können. Da die Birmanen bisher in ihrer Politik gegenüber den Minoritätengruppen nicht immer glücklich verfahren sind, steht jedoch zu befürchten, daß Arakan weiterhin ein potentieller Unruheherd in diesem Staat bleiben wird.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. oben S.100, Anm.27.
- 2) The Guardian, 10.Januar 1979.
- 3) Vgl. The Guardian, 24., 25. und 26.Januar 1979.
- 4) Vgl. The Guardian, 7. bis 10.Mai 1979.
- 5) The Guardian, 23.Mai 1979.
- 6) The Working People's Daily, 25.Mai 1979.
- 7) The Guardian, 25.Mai 1979, S.4. Ähnlich der Kommentar in The Working People's Daily, 24.Mai 1979, S.2.
- 8) The Guardian, 26.Mai 1979, S.4.
- 9) Vgl. The Guardian, 9. und 15.November 1979.
- 10) Vgl. The Guardian, 30.November und 7.Dezember 1979.
- 11) Vgl. Forward, vol.18, no.5, 1.Februar 1980, S.24.
- 12) Vgl. Forward, vol.18, no.7, 1.April 1980, S.2 und 23 f.
- 13) Vgl. Summary of World Broadcasts, 13.Mai 1980 (FE/6418/A3/5), und The Working People's Daily, 30.April 1980, S.8.
- 14) Vgl. Forward, vol.18, no.6, 1.März 1980, S.24.
- 15) Vgl. The Guardian, 26. und 27.Juli 1978, und Bangladesh

Observer, 27. und 31.Juli 1978.

- 16) Vgl. Bangladesh Observer, 2.August 1978, S.1.
- 17) The Guardian, 24.Mai 1979.
- 18) Vgl. The Guardian, 1.November 1979.
- 19) Vgl. etwa die Kommentare in The Guardian, 25. und 26.Mai 1979, jeweils S.4.
- 20) Vgl. Radio Dacca, 11.Oktober 1979 (nach Summary of World Broadcasts, 18.Oktober 1979 - FE/6248/A3/9).
- 21) Radio Dacca, 23.Oktober 1979 (nach Summary of World Broadcasts, 2.November 1979 - FE/6261/A3/10).
- 22) Aus den Erläuterungen des stellvertretenden Ministers für Planung und Finanzen, Thura U Tun Tin, zum Entwurf für das Haushaltsgesetz 1980 (The Guardian, 18.März 1980, S.7).
- 23) The Working People's Daily, 22.August 1980.
- 24) Vgl. The Working People's Daily, 25.August 1980.
- 25) Vgl. The Working People's Daily, 19.Dezember 1980.
- 26) "According to the party organ, goods to and from Bangladesh are smuggled via Arakan State in west Burma, across 152 miles of easily passable land and riverine frontier. Goods brought in are next taken through mountain passes to the Irrawaddy delta in the east, reaching Bassein and Prome towns. Goods which figure in this area are rice, betel nuts and maize from Burma, and textiles, sewing machines and tinned provisions from Bangladesh." (Far Eastern Economic Review, 16.Februar 1979, S.70). The Working People's Daily (6.März 1980, S.8) berichtete später, daß "More than 6,000 head cattle were smuggled out of Arakan State from July 1979 up to date".
- 27) Vgl. die auf dem KTA-Report aufbauende Karte der Bodenschätze bei Storz, Birma, a.a.O., S.236.

- 28) Neben Reis, für den der Anbau in Arakan etwa 1/12 der Gesamtanbaufläche Birmas (1979/80 nach dem Report to the Pyithu Hluttaw 1980/81, a.a.O., S.65: 12.395.000 acres, d.h. ca. 5 Mio.ha) ausmacht, spielt für die nationale Landwirtschaft nur noch der Anbau von birmanischem Tabak eine gewisse Rolle (Gesamtanbaufläche in Birma: 116.000 acres). Im einzelnen sah die staatliche Planung für das Jahr 1979/80 für Arakan State folgende Aufteilung vor: "Of the 943,684 acres, 843,855 acres will be put under paddy, 8,886 acres under groundnut, 2,121 acres under sesamum, 3,459 acres under mustard, 598 acres under sunflower, 112 acres under cotton, 10,004 acres under chili, 238 acres under onion, 68 acres under garlic, 1,293 acres under potatoes, 7,783 acres under Burmese tobacco and 5,444 acres under sugarcane." (The Working People's Daily, 27.Mai 1979; die fehlenden etwa 60.000 acres dürften Brach- oder Weideland sein). Die tatsächliche Anbaufläche verschob sich dann etwas zuungunsten des Reisanbaus (6,472 acres weniger), doch übertraf die Ernte bei fast allen Produkten die Planziele (vgl. ebda., 18.Juli 1980). Für 1980/81 wurden 853.874 acres für Reisanpflanzung vorgesehen (vgl. ebda., 24.Juli 1980, S.4).
- 29) The Guardian, 27.Oktober 1975, S.8.
- 30) The Working People's Daily, 29.Juni 1980.  
Aus der Meldung geht allerdings nicht hervor, in welchem Zeitraum die bisherigen Maßnahmen verwirklicht wurden und wie lange die geplanten Maßnahmen noch in Anspruch nehmen werden.
- 31) The Guardian, 11.Juni 1979.
- 32) Vgl.The Working People's Daily, 12.Dezember 1980.
- 33) Vgl.dazu u.a. The Guardian, 18.Januar 1977, sowie The Working People's Daily, 29.Oktober 1979.
- 34) Claude Delachet Guillon erzählt in ihrem Buch Daw Sein - Les dix mille vies d'une femme birmane (Paris: Editions du Seuil, 1978, S.52 ff.) eine derartige Legende, die die Geschichte des in der Nähe von Sandoway gelegenen Ortes Tandwai betrifft und in der die Birmanen als hinterhältig

- und verschlagen dargestellt werden.
- 35) The Guardian, 16.Mai 1979, S.8.
- 36) "In order to get the people take an active part in crushing the insurgents, it was necessary to meet all the requirements administratively and he called on Party and class and mass organizations to expand educative and agitation work among the people" (vgl.Anm.3).
- 37) Vgl.etwa Ruffing, "Untergrund- und Rebellenorganisationen in Birma", a.a.O., S.413 f.
- 38) The Working People's Daily, 31.Oktober 1979, S.8.
- 39) Vgl.etwa The Working People's Daily, 23.Februar 1980.
- 40) Der Staatsrat hatte die bis zum 28.August 1980 befristete Amnestie, die vor allem auf Insurgenten abzielte, aber auch alle anderen Vergehen umfaßte (Strafnachlässe), am 28.Mai 1980 "as a token of joyously honouring the successful conclusion of the First Congregation of the Sangha of All Orders for Purification, Perpetuation and Propagation of the Sasana and thereby to promote the unity and peace" verkündet (The Working People's Daily, 28.Mai 1980). Nach offiziellen Angaben nahmen insgesamt 2.189 Insurgenten das Angebot der Regierung an (vgl. ebda., 5.September 1980).
- 41) The Working People's Daily, 20.Juni 1980.
- 42) The Working People's Daily, 18.Juli 1980.
- 43) The Working People's Daily, 21.Juli 1980, sowie Foto ebda., 22.Juli 1980.
- 44) The Working People's Daily, 25.Juli 1980.
- 45) The Working People's Daily, 10.August 1980.
- 46) The Working People's Daily, 17.August 1980.
- 47) Vgl. Fleischmann, Die neue Verfassung der Union von Birma, a.a.O., S.171 f.

- 48) The Guardian, 18. Oktober 1976, S.6.
- 49) The Guardian, 22. März 1977, S.8; vgl. ebda., 29. März 1977.
- 49) Vgl. z.B. The Guardian, 4. November 1978, S.8.
- 50) Vgl. The Guardian, 1. April 1979.
- 51) Vgl. z.B. The Guardian, 12. und 24. Mai 1979.
- 52) Dr. Maung Maung in Taunggyi (The Guardian, 24. Mai 1979, S.8); vorher bereits ähnlich Col. Aung Thein, der BSPP-Vorsitzende für Rangoon Division (ebda., 4. November 1978, S.8).
- 53) The Working People's Daily, 12. Dezember 1979, S.8.
- 54) Beilage zu The Working People's Daily, 4. Juli 1980, S.B.
- 55) The Working People's Daily, 4. Juli 1980, S.1.
- 56) So etwa 1978 Premierminister U Maung Maung Kha in einer Antwortrede im Pyithu Hluttaw (vgl. The Guardian, 27. Oktober 1978, S.8), aber auch der stellvertretende Innenminister U Ohn Kyaw 1979 vor einem Seminar für Beamte des Immigration and Manpower Department (ebda., 26. September 1979, sowie der Kommentar am 28. September 1979, S.4).
- 57) The Guardian, 17. September 1978, S.4.
- 58) Vgl. dazu Astri Surhke, "Loyalists and Separatists: The Muslims in Southern Thailand", Asian Survey, vol.17, no.3, März 1977, S.237-250.
- 59) Vgl. dazu etwa James L. Peacock, Muslim Puritans - Reformist Psychology in Southeast Asian Islam, Berkeley: University of California Press, 1978.

Karte 1: Arakan zwischen Bengalen und Birma

